

Ein verfehltes Solidaritätsverständnis

Wir sind wieder einmal an die Urne gerufen zu einem Thema, welches mit unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit nichts zu tun hat. Die Initiative fordert ein "Bedingungsloses Grundeinkommen".

Dabei wird eine monatliche Zahlung des Staates von 2500 Franken an jeden Erwachsenen und 625 Franken für jedes Kind gefordert. Diese Beträge sollen ausreichen, um die notwendigen Grundbedürfnisse zu befriedigen (also Wohnung, Nahrung, Gesundheit etc.) und sind an keine Gegenleistung gebunden. Das bedeutet, dass jeder Bürger dieses Grundeinkommen bekommen soll - egal ob er arbeitet oder nicht, egal ob er es braucht oder nicht. Die Giesskanne oder das Füllhorn wird über die Bevölkerung der Schweiz ausgegossen, ohne Ansehen der Person und der Lebensverhältnisse, ohne jegliche Verpflichtung. Das kann es wohl nicht sein.

Das Sozialverständnis in der Schweiz beruht auf den Grundpfeilern, dass diejenigen Bürger durch Sozialleistungen unterstützt werden, welche kein genügend hohes Einkommen erarbeiten können. Das soziale Netz soll Totalabstürze vermeiden. Es entspricht nicht unserem Solidaritätsverständnis, die Früchte der Arbeit anderer zu geniessen und dabei selbst nichts dafür zu tun.

Zahlreiche Studien beweisen es: Einer der wichtigsten Glücksfaktoren ist eine befriedigende Arbeit. Sie gibt Selbstsicherheit, fördert das Selbstbewusstsein, spornt an, setzt oftmals ungeahnte Kräfte und Fähigkeiten frei und führt zu einem gesunden und notwendigen Wettbewerb in der Arbeitswelt.

Ich bin überzeugt, dass – entgegen der Meinung der Initianten - ein bedingungsloses Grundeinkommen massiv negative Folgen für unsere Volkswirtschaft hätte, und dass die Leistungsbereitschaft und das weltweite Spitzenniveau vieler Unternehmungen abnehmen würden. Wie viele Menschen keiner geregelten (und bezahlten) Arbeit mehr nachgehen würden, steht ebenso in den Sternen wie die Frage, wie ein solches System finanziert werden könnte. Dies hätte zur Folge, dass unsere Wirtschaft mit einem deutlichen Rückgang der Produktivität zu kämpfen hätte und damit auch mit Exportverlusten rechnen müsste. Höhere Preise, bedingt auch durch eine mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuer, und ein weiterer Anstieg des ohnehin prekären Fachkräftemangels wären weitere negative Begleiterscheinungen.

Nicht zu unterschätzen ist auch, dass der Migrationsstrom erneut Auftrieb erhalten würde; denn ein bedingungsloses Grundeinkommen zu erhalten ist für viele Menschen lukrativ genug, um ohne Arbeit gut zu leben und dafür den Lebensmittelpunkt in die Schweiz zu verlegen. Die Initianten behaupten zwar, dass diese ungebremste Sogwirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens

auf die Zuwanderung durch die Migrationsgesetzgebung wirksam geregelt werden könne. Das ist in der gegenwärtigen Weltlage einfach nur zynisch.

Auch für die Gutverdienenden würde der Arbeitsanreiz sinken. Denn um das bedingungslose Grundeinkommen zu finanzieren, müssen Einkommen sehr hoch besteuert werden. Ob damit die Erwerbstätigen einverstanden sind? Und führt das nicht zu einem Anstieg der Schwarzarbeit und somit zu mehr Kontrollaufwand, sprich Kosten, auf Behördenseite?

Es gilt auch zu beachten, dass insbesondere junge Menschen nicht mehr im gleichen Masse motiviert wären, in ihre berufliche Zukunft, sprich Bildung und Ausbildung zu investieren, um später eine gute Stelle zu finden. Schon im Kindesalter würden sie für ein Leben als Müssiggänger verführt, denn die Erwachsenen würden die Hängemattenmentalität ja vorleben. Für sie wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen noch attraktiver als für die bereits Erwerbstätigen, weil sie ihre zukünftigen Bedürfnisse und wachsenden Wünsche noch nicht einschätzen können. Sie würden sich langfristig betrachtet, nicht am Erwerbsleben beteiligen und wären aus dem gesellschaftlichen Leben, in dem Selbstachtung und Anerkennung erfahren wird, ausgeschlossen.

Zu guter Letzt: Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens mit einem von den Initianten berechneten Auszahlungsaufwand von 208 Milliarden Franken pro Jahr ist eine philosophische, rein theoretische Idee. Im Vergleich dazu: der schweizerische Staat gibt heute für die Erledigung aller Staatsaufgaben rund 70 Milliarden Franken pro Jahr aus. Diese Initiative gehört somit ins Land der Fantasten.

Unter all diesen Gesichtspunkten sage ich am 5. Juni 2016 NEIN zu einem bedingungsloses Grundeinkommen.

Roland Eberle
Ständerat

Frauenfeld, 26. April 2016